



Scirocco
borderline-europe, Sizilien –
Teil 1/2022
Palermo, 31.01.2022



Scirocco borderline-europe, Sizilien – Teil 1/2022

Palermo, 31.01.2022

Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinfo im Zeitalter der Pandemie erscheint ab März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus. Scirocco ersetzt das Corona Update Italien.

Politische und soziale Situation

Vor drei Jahren wurde eine Gruppe geflüchteter Personen von dem Hochseeresorgungsschiff Vos Thalassa aufgenommen, als sie in Seenot gerieten. Gegen die [unfreiwillige Rückkehr nach Libyen](#) leisteten zwei Personen Widerstand und wurden dafür in Italien angeklagt. Nun wurden die beiden Personen in einem **historischen Urteil vom Obersten Gerichtshof in Italien freigesprochen**: Migrant*innen hätten das Recht, sich einer unrechtmäßigen Rückkehr nach Libyen zu widersetzen und sich auf das Recht auf Nichtzurückweisung zu berufen, heißt es im entsprechenden Urteil.



Die Vos Thalassa bei einer Ankunft im Palermo im Mai 2017

Italien und Malta wurden von einem investigativ arbeitenden Team von Rechtsanwält*innen der Nichtregierungs-

organisationen [UpRights \(Niederlande\)](#), [Adala for All \(Frankreich\)](#) und [StraLi \(Italien\)](#) aufgrund der koordinierten Unterstützung der sog. libyschen Küstenwache wegen Kriegsverbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angeklagt. Die beiden **EU-Staaten hätten sich einer „Form der Komplizenschaft bei Verbrechen gegen Migrant*innen“ schuldig gemacht**, aus der sich eine „internationale strafrechtliche Verantwortlichkeit“ ergebe. Das ermittelnde Team fordert nun, diese Verbrechen als [Sache des internationalen Strafrechts](#) anstatt des Menschenrechts und Flüchtlingsrechts zu beurteilen. Darüber hinaus konnte durch die intensive Prüfung offizieller Quellen wie Tonaufnahmen, Gutachten und journalistischen Berichten, die bisherigen Ermittlungen der UN sowie der italienischen Justiz in vier Fällen Folter in staatlichen libyschen Gefangenenlagern nachgewiesen werden.

Die libysche Regierung hat den [pro-türkischen Milizenführer Mohammed Al-Khoja](#) zum Leiter der Abteilung zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung (DCIM) ernannt. Al-Khoja wird von internationalen Organisationen sowie der UN beschuldigt, in **Menschenhandel** verwickelt zu sein und ist Leiter des berüchtigten Tarik al-Sikka Haftzentrums für Geflüchtete, das der DCIM untersteht. Er kooperiert eng mit Alex Dalli – einem anderen ehemaligen Gefängnisdirektor, dessen Gewaltverbrechen an Geflüchteten von der Zeitschrift [Newsbook](#) veröffentlicht wurde. Dass die **Empfänger europäischer Gelder und in Menschenhandel verwickelte Milizen häufig ein und dieselben Personen sind**, wie Joe Galvin vom internationalen journalistischen Netzwerk [The Outlaw Ocean Project](#) anmerkt, weiß mittlerweile auch die EU. Daher hatte sie vorgeschlagen, die **Schiffe der sog. libyschen Küstenwache**

mit Videokameras auszustatten und laut der EU-Außenministerin Federica Mogherini ist dies auch geschehen. Allerdings konnte die Existenz dieser Kameras auf Nachfrage der Fraktion der Linken und Sozialist*innen im EU-Parlament bisher nicht bestätigt werden. Mogherini erklärte dies mit dem faden Grund des Fehlens einer stabilen Internetverbindung, sodass die Videokameras zwar existierten, die Aufnahmen jedoch nicht versendet werden könnten.

An einer besseren Ausstattung des libyschen Militärs wird jedoch von europäischer Seite auch weiterhin nicht gespart: [fernaB der Öffentlichkeit](#) hat Italien neue Technik und weiteres Überwachungsmaterial zur Einrichtung einer **mobilen Seenotleitstelle** (Maritime Rescue Coordination Centre – MRCC) an Libyen geliefert. Finanziert wurden diese Lieferungen von der EU, welche das libysche Militär bisher mit rund 51 Millionen Euro aus [Mitteln der Entwicklungs-zusammenarbeit](#) unterstützt hat. Der Auftrag ging an Privatunternehmen der Rüstungsindustrie aus Italien, Deutschland und Großbritannien, während die Ausbildung libyschen Personals auf das italienische Innenministerium fällt. Mit der Lieferung will die EU auch ein Signal an die Türkei senden und ihre **eigene politische Macht in Libyen sichern** – und bestätigt hierdurch einmal mehr ihre Mitverantwortung für die grausamen Verbrechen vor Ort.

Trotz des Wissens um eine [Vielzahl an Menschenrechtsverbrechen](#) wurde die **Zusammenarbeit der EU mit Libyen auf europäischer Ebene erneut bekräftigt**. In Italien jährt sich der Tag des [Memorandums of Understanding](#) am 2. Februar zum fünften Mal. Aus einem [vertraulichen Militärbericht der EU](#), den Associated Press zugespielt bekommen hat, geht hervor, dass die EU die militärische Infrastruktur Libyen weiter

ausbauen möchte, um die Migration nach Europa noch effektiver zu kontrollieren und die eigenen Grenzen weiter auf den afrikanischen Kontinent zu verschieben. Der von Stefano Turchetto (Leiter der Operation Irini) verfasste Bericht verweist bereits selbst auf die „exzessive Gewalt“ libyscher Behörden sowie die Tatsache, dass das europäische Schulungsprogramm nicht mehr in vollem Umfang eingehalten würde. Doch die EU sei weiter entschlossen, an der Ausbildung und Unterstützung der sog. libyschen Küstenwache festzuhalten. Eine Stellungnahme zum Bekanntwerden des internen Militärdokuments lehnten sowohl die Europäische Kommission als auch der Auswärtige Dienst der EU ab. Der Asylrechtsexperte Fulvio Vassallo Paleologo hat gut zusammengefasst, [wie die Staaten miteinander kooperieren](#), um Menschen auf See abzufangen, dies bei Rettungen jedoch nicht tun.



Blutige Hände. Aktion gegen die Zurückweisungen nach Libyen, 25. April 2021, Palermo. Foto: A. Luparello

Neben Libyen gilt auch **Tunesien als beliebte Kooperationspartnerin der EU**. In diesem Sinne wollen Italien und Tunesien [im Kampf gegen Menschenhandel](#) ebenso wie im Bereich der [Migrationskontrolle](#) zukünftig wieder enger zusammenarbeiten. Im Rahmen der vorangegangenen Abkommen kam es **im Jahr 2021 zu einem dramatischen Anstieg an Abschiebungen** von Italien nach Tunesien. So liegt die derzeitige [Ablehnungsquote von Asylanträgen](#)

[tunesischer Asylsuchender in Italien liegt bei 92%](#), obwohl der Maghreb-Staat noch immer mit vielen Fällen von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen zu kämpfen hat. Die hohen Abschiebungsquoten – allein 1.872 Personen im letzten Jahr – lassen sich u.a. darauf zurückführen, dass Tunesien seit 2019 von Italien als sog. „sicheres Herkunftsland“ geführt wird.

Diese Kategorisierung wird derzeit von einem [Bündnis aus tunesischen Aktivist*innen und Anwält*innen](#) angefochten, die in der Definition eines „sicheren Herkunftslandes“ eine Blaupause für rechtswidrige Zurückweisungen von Migrant*innen sowie die **Aushöhlung des Rechts auf internationalen Schutz** sehen. Das Bündnis nennt neben Folter und der unmenschlichen und erniedrigenden Behandlung von Migrant*innen, verschiedenen Todesfällen in Haft sowie der Einschränkung von Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit auch eine wachsende Intoleranz gegenüber oppositionellen Personengruppen, der Diskriminierung queerer Menschen sowie geschlechtsspezifische Gewalt als **dramatische soziale und politische Gefahren in Tunesien**.

Rund um die Seenotrettung

Nach Angaben der [Internationalen Organisation für Migration \(IOM\)](#) nimmt die **Häufigkeit rechtswidrigen Abfangens und die Zahl der Pullbacks nach Libyen aufgrund italienischer Finanzierung der sog. libyschen Küstenwache weiter zu**. Damit steigt die Zahl der in libyschen Lagern gefangenen Geflüchteten und Migrant*innen an. Ihnen drohen dort schwere Menschenrechtsverletzungen, willkürliche Verhaftungen, Verschwinden, Menschenhandel, sexuelle Gewalt, Folter und Misshandlung.

Das zivile Rettungsboot **Louise Michel** beobachtete Anfang Januar, wie sich Flüchtende von einem kleinen Boot auf die Shell-Ölplattform Miskar retteten. Diese befindet sich in einem [„Schwarzen Loch der Verantwortlichkeiten“](#) in internationalen Gewässern zwischen der libyschen, tunesischen und maltesischen SAR-Zone. Anschließend wurde die Louise Michel von maltesischen Behörden dazu aufgefordert, von der Rettung Schiffbrüchiger abzusehen und das weitere Vorgehen den tunesischen Behörden zu überlassen.



Die Louise Michel. Foto: Louise Michel

Dieses Verhalten ist leider wenig überraschend, da die **maltesische Politik der systemischen Unterlassung von Hilfeleistungen** in der eigenen SAR-Zone mittlerweile gut dokumentiert ist. Auch Italien handelte trotz der Anwesenheit eines italienischen Schiffes nicht. Dadurch wurde die **illegale Rückführung der Personen nach Tunesien zugelassen**. Dies ist nur ein Fall unter Tausenden, in dem europäische Staaten ihrer Verantwortung auf See nicht nachkommen und wissentlich die illegale Rückführung geflüchteter Personen und Migrant*innen nach Tunesien und Libyen ermöglichen.

Die **Zahl der Ankünfte über See in Italien hat im ersten Monat des Jahres 2022 stark zugenommen**: nach [Angaben des italienischen Innenministeriums](#) erreichten zwischen dem 1. Januar und dem 24. Januar

2022 bereits 1.751 Menschen Italien, während es im selben Zeitraum des Vorjahres ‚nur‘ 379 Menschen waren. Gleichzeitig warteten 439 Geflüchtete und Migrant*innen an Bord der [Geo Barents](#) neun Tage lang auf die Zuweisung eines sicheren Hafens, unter ihnen etwa 100 Minderjährige.

Auf der zentralen Mittelmeerroute zwischen Libyen und Lampedusa sind [sieben Migranten eines überfüllten Bootes an Erfrierungen gestorben](#). Die 280 Überlebenden erreichten die pelagische Insel und wurden in Sicherheit gebracht. Die Staatsanwaltschaft hat nun die Ermittlung gegen unbekannte 'Scafisti' (Fahrer*innen des Bootes) aufgenommen, denen Beihilfe zur illegalen Einwanderung und Totschlag vorgeworfen wird. Laut der **Organisation Alarm Phone seien die Todesfälle vermeidbar gewesen**: das Notteléfono habe die Behörden [um sofortige Hilfe](#) für ein Boot mit 280 Personen an Bord gebeten, das in Seenot geraten war.



Beenden wir das Sterben im Mittelmeer! Antirassistisches Forum Palermo, April 2021. Foto: A.Luparello

Doch es dauerte weitere sechs Stunden, bis die italienische Küstenwache vor Ort war und mit der Rettung der Überlebenden begann. „Schon wieder so eine Tragödie, schon wieder müssen wir unschuldige Opfer beklagen“, sagte der [Bürgermeister von Lampedusa Totò Martello](#) und forderte die

Europäische Union zu mehr Handeln im Mittelmeer auf. Auch diese Tragödie [hinterlässt viele offene Fragen](#) in Bezug auf die Verantwortlichkeiten europäischer Staaten innerhalb ihrer SAR-Zonen und das späte Eingreifen der italienischen Küstenwache. Zudem ist unklar, warum das zivile Beobachtungsschiff Aita Mari, das vor Ort war, weggeschickt wurde.

Die [Ocean Viking der Organisation SOS Méditerranée](#) wurde erneut von den italienischen Behörden im Hafen von Trapani festgesetzt. Dies sei bereits die **sechste umfassende Kontrolle der Ocean Viking**, erklärt der Einsatzleiter Frédéric Penard. Wie auch andere zivile Rettungsschiffe ist die Ocean Viking der Willkür europäischer Staaten ausgesetzt und konnte bis zu ihrer [unerwarteten Freigabe](#) durch italienische Behörden temporär keine Rettungseinsätze fahren.

Erfreulicherweise wurde das **Rechtsverfahren gegen Kapitänin Carola Rackete nun dauerhaft eingestellt**: Die Richterin des Gerichts von Agrigento [Micaela Raimondo](#) entschied, dass Carola Rackete im Sinne der nationalen und internationalen Rettungspflicht auf See gehandelt hatte, als sie vor zwei Jahren die [Sea-Watch 3 trotz eines Verbots in den Hafen von Lampedusa einfuhr](#), um die Leben der Menschen an Bord des zivilen Rettungsschiffs nicht weiter zu gefährden.

Die Anhörungen im Open-Arms-Prozess gegen den früheren [italienischen Innenminister Matteo Salvini](#), der wegen Entführung und Verweigerung von Amtshandlungen angeklagt ist, wurden auf März dieses Jahres vertagt. [Hier](#) finden Sie weitere Informationen zu diesem Fall.

Situation der Geflüchteten

[Migrant*innen, die ihre Quarantäne auf einem Quarantäneschiff beendet haben](#),

treffen die gegenwärtigen hygienischen Ausschlussmechanismen der Pandemie besonders stark: ohne Unterbringungsmöglichkeiten aber mit einer Aufforderung zur Ausreise dürfen sie sich aufgrund des Fehlens eines GreenPass (Impf- oder Genesenennachweis) nicht legal fortbewegen. Da sowohl der Transport mit öffentlichen Verkehrsmitteln als auch der Zugang zu sämtlichen Institutionen ohne GreenPass in Italien verboten ist, **werden Migrant*innen auf diese Weise in die Illegalität gedrängt**. Sie müssen so lange auf der Straße leben, bis sie entweder geimpft werden oder mit der Hilfe von Aktivist*innen in privaten Fahrzeugen zu Unterkünften gelangen. Die [NGO Borderline Sicilia](#) kritisiert diese Maßnahme daher scharf: Betroffenen Personen würde vor Beginn der Quarantäne die Möglichkeit vorenthalten, einen Schutzantrag zu stellen, sodass ihnen nach der Quarantäne lediglich sieben Tage blieben, um das Land zu verlassen. Darüber hinaus werde Menschen der Zugang zum Gesundheitssystem verschlossen und die neuen Pandemie-Verordnungen führten zu einem **bürokratischen Dilemma**: So stünden in der [Provinz Syrakus](#) beispielsweise mindestens ein Dutzend Personen mit einem Ablehnungsbescheid auf der Straße, ohne die Möglichkeit, entweder ‚legal‘ umzuziehen oder institutionelle Unterstützung für die Unterbringung zu erhalten und seien daher auf das Glück angewiesen, zivile Solidaritätsnetzwerke zu finden.

Die [italienische Koalition für Freiheiten und Bürgerrechte \(CILD\)](#) hat eine [Website mit dem Titel "Buchi neri" \(Schwarze Löcher\)](#) eingerichtet, welche die Verwaltungshaft von

Ausländer*innen und deren Missbrauch in Italien und Europa überwachen sowie die Öffentlichkeit informieren soll. **CILD prangert den systematischen Missbrauch von Rückführungszentren an und stellt die Rechtmäßigkeit der Inhaftierung ohne Straftat in Frage**. Ursprünglich sei die Verwaltungshaft lediglich als letztes Mittel gegen das Untertauchen einer abgeschobenen Person gedacht. Zahlreiche Ausnahmeregelungen ermöglichen jedoch mittlerweile auch die [Inhaftierung](#) von Asylsuchenden sowie schutzbedürftigen Personen und Menschen mit schweren Erkrankungen. Laut CILD lässt sich mittlerweile in ganz Europa eine umfassende und missbräuchliche Anwendung der Verwaltungshaft beobachten.



Die Abschiebungshaft von Caltanissetta, Foto: hurriya.noblogs.org

Laut dem [Jahresberichts des Polizeipräsidiums von Triest](#) endete die beschwerliche Balkanroute im Jahr 2021 für mindestens **5.181 Migrant*innen** in der italienischen Grenzstadt. Migrant*innen die es doch bis ins Inland schaffen und sich auf den Weg nach Österreich machen, geraten immer häufiger in die Hände von Schleusernetzwerken. Diese haben dort ein leichtes Spiel, da die [Brenner-Route stark frequentiert und besonders vom Schwerlastverkehr genutzt wird](#): „Die Militarisierung der Grenze und die kapillare Kontrolle jedes Personenzugs im Transit haben die Migrant*innen gezwungen, andere Routen zu wählen oder gefährlichere Wege zu gehen,

um die Hindernisse zu umgehen", betonen Aktivist*innen des Projekts Melting Pot.

Nach [monatelangen Protesten](#) hat die örtliche Polizei von Tripolis **zwei autonome Geflüchtetenlager gewaltvoll aufgelöst**. Zuvor gelang es hunderten von Migrant*innen einen [kollektiven Widerstand](#) gegen die brutale und menschenfeindliche Migrationspolitik Libyens sowie die Kollaboration der EU zu organisieren. Die Razzia in den Lagern erfolgte kurz nach der [Veröffentlichung eines Manifests](#), in dem die persönlichen und kollektiven Gründe für den Widerstand, die Ausbeutung als Arbeitsmigrant*innen und ihre Forderungen an die Staaten deutlich formuliert wurden. **Aktivist*innen vor Ort droht akute Lebensgefahr**, wenn sie von der libyschen Polizei gefunden werden. So ergeht es momentan [David Olaver und Hassan Azakaria](#), zwei Aktivisten, die seit der Razzia zur Zielscheibe libyscher Behörden geworden sind. Erst Mitte Januar wurden mehr als 600 Geflüchtete und Asylsuchende gewaltsam auseinandergetrieben, inhaftiert und ihre provisorischen Zeltunterkünfte niedergebrannt, die seit Oktober neben dem UNHCR-Zentrum in Tripolis standen. Verhaftungen führten direkt in das [Internierungslager Nähe der Stadt Ain Zara](#), in das auch Migrant*innen gebracht werden, die von der sog. libyschen Küstenwache aus dem Mittelmeer zurückgebracht werden. Der Ort des Zeltlagers wurde nicht zufällig gewählt: die Proteste in Tripolis richteten sich ebenso an den UNHCR, der den Migrant*innen trotz massiver Menschenrechtsverletzungen nicht zu Hilfe kommt.

Migrantischer, selbstorganisierter Widerstand und Protest gegen das europäische Grenzregime und die Überlebensbedingungen in Transitländern [findet man ebenso](#) auf dem Balkan, an der

polnisch-weißrussischen Grenze, an der französisch-britischen Grenze des Ärmelkanals und in den Städten der EU.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie in unserem Steiflicht Italien und in den vorherigen Ausgaben des Sciroccos auf unserer [Homepage](#).

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/italia@borderline-europe.de>